

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 2004**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Thüringen

**„Ja für Thüringen“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Sondershausen am 24. April 2004)

**Ja für Thüringen**

**Programm der**  
**FDP Thüringen**  
**zur Wahl des 4. Thüringer**  
**Landtages**





# Ja für Thüringen

## **Thüringen in Europas Mitte- Chancen und Aufgaben**

Thüringen ist reich an Geschichte, Traditionen und attraktiver Landschaft. Es ist international bekannt für historische Leistungen in vielseitigen Bereichen. Kunst und Kultur haben in der Vergangenheit das hohe Ansehen des Freistaates ebenso begründet, wie wirtschaftliche Leistungen und soziale Errungenschaften. Namen wie Bach, Goethe, Liszt und Luther, Zeiss, Abbe und Schott, Begriffe wie das Bauhaus oder die Wartburg stehen für Entwicklungen in der deutschen und europäischen Geschichte, die in Thüringen begannen.

Die Thüringerinnen und Thüringer gehörten zu den ersten, die 1989 auf die Straße gegangen sind. Sie haben sich für Freiheit und Einheit eingesetzt. Sie haben einen Anteil daran, dass die kommunistische Diktatur abgeschafft werden konnte. Darauf können die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates stolz sein.

**Das alles allerdings liegt in der Vergangenheit.** Die Weichen für die Zukunft werden in der Gegenwart gestellt. Ein klarer, realistischer und ideologiefreier Blick zeigt, dass es gegenwärtig um Thüringen nicht so gut steht, wie viele politische Akteure glauben machen wollen. Die Arbeitslosigkeit erreicht seit Jahren katastrophale Ausmaße. Immer bedrohlicher wird sich die Abwanderung auf Thüringen auswirken. Und für die Nutzung der immensen Chancen, die die Osterweiterung der Europäischen Union für Thüringen bietet, gibt es ebenso wenig Konzepte, wie zur Abfederung der zweifellos damit verbundenen Risiken.

Mit diesen Problemen steht Thüringen nicht allein. Die volkswirtschaftlichen Kennzahlen aller fünf neuen Bundesländer bezüglich Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Pro-Kopf-Einkommen unterscheiden sich im Grunde wenig. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bietet sich mit wenigen Ausnahmen ein sehr ernüchterndes Bild. **Durch die langanhaltende Abwanderung hat der Osten vor allem gut ausgebildete und junge Menschen aus den Regionen verloren. Wenn die Leistungsträger weg sind, wächst die Gefahr der Abkopplung der wirtschaftlichen Entwicklung noch weiter.** Die immensen Transferleistungen von West nach Ost haben bisher kaum einen wirtschaftlichen Aufschwung nach sich gezogen. Bleibt dies so, ist der Milliardentransfer auch für die westdeutsche Bevölkerung unverständlich.

Die Politik auf Bundes- und Landesebene reagiert auf diese Entwicklungen weithin zu unentschlossen. Halbherzige Korrekturen in einzelnen Bereichen können kein Ersatz für die notwendigen grundlegenden Reformen sein. Eine langfristige Zielentwicklung für solche Reformen gibt es nicht. **Thüringen hat keine Vision.** Politisches Handeln beschränkt sich zu oft darauf, nur auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. **Politik muss aber Entwicklungen erkennen, um neben kurzfristigen auch mittel- und langfristige Ziele zu definieren und zu verfolgen. Es ist der Mangel an Perspektiven, der sich als großes Investitionshemmnis erweist.**

Mittlerweile sind die Probleme kaum mehr zu verdrängen. Abwarten und Hoffen, auf andere Probleme außerhalb des eigenen Verantwortungsbereiches verweisen, sich gegenseitig die Schuld für die miserablen Zustände zuschieben, das ist politisches Tagesgeschäft. **Die Politikverdrossenheit vieler Menschen hat genau hier ihre Ursache.**

Es darf nicht verleugnet werden, dass sich Deutschland und auch Thüringen in einer Krise befinden. Diese Erkenntnis darf allerdings nicht zu Panikmache oder Resignation führen. Es sind klare Analysen und mutige Ideen gefordert. Bei der Lösungssuche darf es keine generellen Tabus geben, schon gar nicht, wenn diese ideologisch begründet sind. Will der Freistaat den Anschluss nicht noch weiter verlieren, muss er sich mutig der Zukunft stellen.

Innerhalb der letzten zehn Jahre haben die Bürger Thüringens trotz zahlreicher Widrigkeiten den Freistaat zu einem Land geformt, das sich zumindest im Wettbewerb mit den anderen jungen Ländern einigermaßen behaupten kann. Und dennoch: Die Probleme sind in vielen Bereichen nach wie vor groß, zuweilen dramatisch. **Der Vergleich mit anderen schwachen Regionen ist kein Trost und kann wohl kaum als Erfolg gelten.** Die Arbeitslosigkeit ist viel zu hoch. Kleine und mittelständische Unternehmen, die größten Arbeitgeber des Landes, werden durch unzählige Regularien und Belastungen niedergedrückt. Kommunen und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer ersticken an einer unüberschaubaren Vielzahl an Gesetzen und Verordnungen. Planungssicherheit im gewerblichen, wissenschaftlichen, kulturellen und persönlichen Bereich ist ein Fremdwort geworden. Sicher, zahlreiche Probleme ergeben sich aus Europa- und bundespolitischer Schief lagen – viele sind aber auch hausgemacht. **Das ist die Realität, das muss sich ändern!** Das Ziel der Entwicklung kann nicht darin bestehen, nicht Letzter zu sein. Die Perspektive der Entwicklung Thüringens muss es sein, zur Spitzengruppe zu gehören.

Thüringen hat dafür im Vergleich zu den neuen Bundesländern recht gute Voraussetzungen. Allein aus geographischer Sicht spricht für den Freistaat, dass er die größte Grenze zu den alten Bundesländern hat. Er kann damit ein Bindeglied im größer werdenden Europa darstellen. Die Autobahnen machen Thüringen zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt. In der Mitte Deutschlands und künftig in der Mitte Europas ist Thüringen die Region, die von der Erweiterung der Europäischen Union enorm profitieren kann.

Auf die Menschen in Thüringen kommt mit der Osterweiterung der Europäischen Union die größte Herausforderung seit der politischen Wende 1989/90 zu. Im Mai 2004 werden unsere Nachbarländer Polen und Tschechien und 8 weitere Staaten aufgenommen. Damit fallen die Grenzen zu den Wirtschaftsmärkten Mittel- und Osteuropas – Thüringen wird vor großen Herausforderungen und Chancen stehen.

Die Thüringer Wirtschaft besteht vor allem aus mittelständischen Betrieben. Sie ist der Wirtschaftsstruktur in den Beitrittsstaaten ähnlich. Dies hat Vor- und Nachteile. Märkte in den Beitrittsstaaten werden auf die hohe Qualität Thüringer Betriebe zurückgreifen. Im Niedriglohnbereich kann es aber auch zu Negativentwicklungen kommen.

Thüringen kann im hochtechnologischen Bereich glänzen. Dies erfordert allerdings gut ausgebildete Schulabgänger und Absolventen. Fehlende Qualität im

Bildungssektor wirkt sich unmittelbar auf die Wirtschaft aus. Deshalb ist eine gute Bildungspolitik immer auch Bestandteil einer guten Wirtschaftspolitik.

Thüringen steht mit seinen Problemen nicht allein. Diese Probleme sind in vielen Bereichen auch der Berliner Politik geschuldet. Thüringen kann auf diese Politik Einfluss nehmen. Dieser Einfluss wird größer und erfolgreicher sein, wenn der Freistaat Partner findet, die mit ihm zusammen Einfluss auf die Bundesgesetzgebung nehmen. Die Bundesgesetzgebung ist einflussreicher als das, was einzelne Bundesländer tun könnten.

Die Hauptprobleme Thüringens liegen aus Sicht der Liberalen in drei Punkten:

1. Durch die seit Jahren anhaltende hohe **Abwanderung** verliert Thüringen gute und fähige Köpfe. Es sind zahlreiche junge Menschen, die unser Land verlassen. Es sind aber auch erfahrene und leistungsstarke Fachkräfte. Fehlen diese Leistungsträger, wirkt sich dies nicht nur auf das Investitionsklima aus. Steuereinnahmen brechen ebenso weg, wie Kaufkraft oder Nachwuchs. Die Folgen sind verheerend.
2. Die **Massenarbeitslosigkeit** führt zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas, der Kaufkraft und damit der Steuereinnahmen. Arbeitslosigkeit führt aber vor allem zu gesellschaftlichen Problemen. Arbeitslosigkeit ist nicht vor allem eine Statistik, sondern eine Summe von Einzelschicksalen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Gemeinschaft und auch die Staatsform sinkt, wenn viele Menschen von Erwerbslosigkeit und ihren Folgen betroffen sind.
3. Die Vorbereitung auf die **EU-Osterweiterung** ist völlig unzureichend. Es bieten sich neue Märkte für die Thüringer Wirtschaft. Die Osterweiterung könnte den langerwarteten Impuls geben, den Thüringen seit langem braucht. Darauf allerdings müssen Unternehmen vorbereitet sein. Gleichzeitig birgt die Osterweiterung auch Risiken. Darauf muss die Thüringer Wirtschaft erst recht vorbereitet sein.

Aus diesen Problemen ergeben sich die Kernthemen zukunftsgerichteter Politik: Arbeit und Wirtschaft sowie Bildung und Forschung. Diese Themengebiete sind aus Sicht der Liberalen die Schwerpunkte, mit denen sich die Thüringer Politik in den kommenden Jahren beschäftigen muss.

### **Die europäische Zukunft Thüringens liegt in Mitteldeutschland.**

Mitteldeutschland ist historische Realität und Zukunftsstandort. Europäische Politik orientiert sich am Europa der Regionen, nicht an nationalen Verwaltungsstrukturen. In vielen Bereichen des öffentlichen und insbesondere des wirtschaftlichen Lebens wird dies umgesetzt. Mitteldeutsche Initiativen und Verbände, Mitteldeutsche Sportclubs und nicht zuletzt der Mitteldeutsche Rundfunk sind hierfür herausragende Beispiele. Die FDP bekennt sich ausdrücklich zu Standort Mitteldeutschland. Wir werden die „Initiative Mitteldeutschland“ wieder beleben, die Zusammenarbeit zwischen den mitteldeutschen Ländern intensivieren und so den Wirtschaftsraum Mitteldeutschland als Standort in Europa etablieren. Auch in der Bundespolitik würde ein gemeinsames Auftreten der mitteldeutschen Länder sehr viel mehr Gewicht haben, als die Zersplitterung der Interessenvertretung. Hiervon würde Thüringen enorm profitieren.

## Thüringen in Europa

Die Thüringer Liberalen sehen im Zusammenschluss der demokratischen Europäischen Staaten die historisch einmalige Chance, den Bürgern Frieden und Wohlstand langfristig zu sichern. Sie unterstützen deshalb alle Bemühungen um eine einheitliche europäische Verfassung. Sie fordern zeitgleich die Stärkung der Idee eines Europas der Regionen, um in der Europäischen Union (EU) ein Machtgleichgewicht zwischen den Interessen der Bürger in den Mitgliedsstaaten und Bundesländern auf der einen Seite und der Zentralstaatlichkeit der EU auf der anderen Seite zu gewährleisten. Nur eine EU mit starken Regionen ist bürgernah. Im Interesse Thüringens setzen wir uns daher für eine Verstärkung unserer Interessenvertretung bei der EU ein.

Wir begrüßen den Beitritt der 10 neuen Mitgliedsstaaten am 1. Mai 2004, sind aber der Auffassung, dass damit für einen längeren Zeitraum Beitritte nur dann in Betracht kommen können, wenn die EU die aus der Erweiterung erwachsenden Fragen geklärt und sich die Union wirtschaftlich, finanziell und politisch ausreichend gefestigt hat.

Die wirtschaftliche und soziale Lage hat die Menschen in den neuen Bundesländern sensibel gemacht **gegen Ungerechtigkeiten, gegen mangelnde Kompetenz, gegen Unvernunft, Verantwortungslosigkeit und Selbstsucht.**

In der Bevölkerung ist auch in der DDR-Zeit liberales Gedankengut erhalten geblieben. **Viele Liberale haben während und nach der Wende engagiert an der demokratischen Umgestaltung Thüringens mitgewirkt.**

Wir halten politische Versprechungen, dass „zukünftig in Deutschland Vollbeschäftigung bei heutigen Arbeitszeiten und weiter steigenden Löhnen möglich sein wird“, für nicht erfüllbar. Der deutsche Wohlstand und das berechtigte Sicherheitsbedürfnis der Bürger wurden über Jahrzehnte durch die Solidarsysteme wie Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung garantiert. Diese Systeme haben die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit längst überschritten.

**Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur der letzten Jahrzehnte erfordern heute grundsätzliche Reformen zugunsten der Zukunft der Gesellschaft und ihrer Bürger.** Die Tragweite der demografischen Entwicklung und die daraus erforderlichen Konsequenzen werden immer noch nicht in vollem Umfang anerkannt. Durch die Behandlung einzelner Symptome wird versucht, die Gesellschaft zu befrieden.

**Der erste Schritt für Veränderungen muss aber immer eine ehrliche Zustandsanalyse sein.** Wir halten es für die Pflicht verantwortungsbewusster Politik, die Probleme offen und ehrlich anzusprechen. Tiefgreifende Reformen werden auch immer Einschnitte für den Einzelnen bedeuten. Das ist schmerzhaft, aber unvermeidlich.

**Täglich verlassen 30 Thüringer ihre Heimat.** Das muss sich ändern! Vor allem junge und gut ausgebildete Menschen gehen. Sie folgen der Arbeit. Arbeitsplätze sind das wichtigste Bindeglied in der sozialen Kette. Das Fehlen von Großbetrieben ist eine eklatante Schwäche der Industriestruktur Thüringens. Damit fehlt ein wichtiger Ausgangspunkt für das Entstehen weiterer Dienstleistung, Handwerk und Gewerbe.

Die fehlenden Arbeits- und Ausbildungsplätze in der gewerblichen Wirtschaft führen zur Abwanderung der jungen und arbeitsfähigen Bevölkerung. Der zweite

Arbeitsmarkt ist keine strukturelle Alternative. Er dient allenfalls auf dem Gebiet der Vereine und des Umweltschutzes zur Unterstützung der Kommunen.

Die Abwanderung wiederum führt zur Schwächung der Steuerkraft, die im Verbund mit den ständig steigenden Sozialausgaben zu einer niedrigen Investitionsquote und zu einer noch höheren Staatsverschuldung führt.

**Die Zahl der Gesetze und Vorschriften ist unüberschaubar hoch. Die Verwaltung ist aufgebläht.** Bürokratieabbau ist dringend erforderlich und muss mit der Abschaffung unnötiger und überflüssiger Gesetze und Vorschriften beginnen. Die konsequente Reduzierung von Kontroll- und Überwachungsaufgaben führt zu Einsparung und Entlastung.

**Die Ansiedlungsprozesse für Investoren sind zu lang.** Vorhandene Standards sind auf ihre Effektivität zu überprüfen. Die Genehmigungsbürokratie ist konsequent abzubauen, Rechtsnormen und Standards sind ständig zu überprüfen.

Die Gemeinden sind die wichtigste Ebene im Staatsaufbau, sie sind eine wesentliche Exekutive des Landes und des Bundes. Handlungsfähige Gemeinden sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen. Die Mitwirkung der Bürger in den Gemeinden ist tragendes Element des freiheitlichen und demokratischen Staates. Die Gemeinden müssen ihre Leistungen durch eigene, verlässliche Steuereinnahmen finanzieren können.

Thüringen besitzt international anerkannte Hochschulen. In der Verbindung der Hochschulen mit außeruniversitärer Forschung, mit Existenzgründern und der Industrie liegt die Grundlage für Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die strengen Budget- und Personalvorgaben für Hochschulen behindern diese Entwicklung.

**Die allgemeinbildenden Schulen befinden sich Thüringen in einem dauernden Schulversuch. Zu große Klassen, zu wenig und demotivierte Lehrer, veraltete Ausrüstung an den Schulen und eine überhöhte Bürokratie sind Ergebnis zu geringer Bildungsausgaben und altmodischer Bildungspolitik in den letzten 14 Jahren.** Die Lehrer werden durch Minderstunden, niedrigere Bezahlung und nicht zuletzt durch oftmals unberechtigte und pauschale Kritik demotiviert. In den Schulen und in der Lehrerschaft fehlen Elemente des Wettbewerbs.

Viele Menschen fühlen sich verunsichert. Die Sicherheit auf Straßen und Plätzen ist nicht immer gegeben. Elektronische Überwachungsanlagen verlagern das Problem nur, zur Lösung tragen sie nichts bei. Die Präsenz der Polizei auf der Straße ist zu gering. Die Ausrüstung ist veraltet, Polizisten werden schlecht bezahlt und müssen oftmals als Prügelknaben herhalten. Das muss sich ändern!

Die FDP Thüringen hat sich für die kommende Legislatur einiges vorgenommen. Ihre Hauptaufgaben sieht sie vor allem darin, Thüringen auf die Zukunft vorzubereiten, die Probleme zu lösen und den Menschen eine Perspektive zu bieten.



## Arbeit für Thüringen

Der Freistaat Thüringen profitiert als Wirtschaftsstandort von seiner exponierten Lage in Deutschland und Europas Mitte. Im Lieferrhythmus von weniger als acht Stunden können LKW nicht nur jede deutsche Stadt erreichen, sondern auch weit in die Beitrittsstaaten an- und zuliefern. Damit bietet unser Land beste Voraussetzungen für europaweit tätige Unternehmen. Thüringen kann als optimales Sprungbrett in Richtung Osten genutzt werden.

Der Freistaat verfügt über eine Infrastruktur die im Telekommunikationsbereich zu den weltweit modernsten gehört. Die Hauptverkehrsverbindungen wurden in der vergangenen Zeit intensiv ausgebaut. An A 4 und A 9 sind attraktive Investitionsstandorte entstanden.

Die wirtschaftliche Dynamik Thüringens reicht allerdings bei weitem nicht aus, um sich den Zukunftsaufgaben stellen zu können. Der Aufbau Ost hat eine gute Infrastruktur bereitstellen können. Der De-Industrialisierung nach der Wende ist aber nichts entgegengestellt worden, was die Arbeitslosigkeit hätte eindämmen können. Die einsetzende Abwanderung hält bis heute an. Um die dramatischen Folgen der De-Industrialisierung zu überwinden, muss der Mittelstand verstärkt in den Fokus der Wirtschaftspolitik gelangen.

Die Wirtschaftspolitik der kommenden Legislatur trägt die entscheidende Verantwortung dafür, ob Thüringen als Bindeglied im erweiterten Europa mehr sein kann, als nur Transitland. In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob sich in Thüringen eine tragfähige Wirtschaftsstruktur entwickeln wird. Will sich der Freistaat im deutschen und europäischen Wettbewerb der Regionen behaupten, braucht er ein wirtschaftspolitisches Leitbild, das ihn unterscheidbar zu seinen Mitbewerbern macht.

Motor dieser Entwicklung kann nicht der Staat sein. Das ist Kerngedanke liberaler Wirtschaftspolitik. Der Motor ist die Wirtschaft. Sie braucht Luft und Kraftstoff. Die Politik und der Staat können Rahmenbedingungen setzen, von denen allerdings abhängt, wie viel Luft und Kraftstoff der Motor bekommt. Wir Liberale stehen für weitgehende Zurückhaltung des Staates und die Konzentration auf seine Kernaufgaben. Die Vermeidung und Abschaffung **unnötiger** Auflagen für Unternehmen, eine Effizienzsteigerung der Verwaltung, die Senkung der Abgabenlast und der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gehören dazu. **Die Wirtschaft muss gestärkt werden.**

Nur eine gute Wirtschaft bringt die Wertschöpfung, mit der Sozialmaßnahmen bezahlbar sind. Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Arbeit und Beschäftigung sind die sozialsten Maßnahmen. **Wirtschaft sichert Arbeit, Arbeit sichert Einkommen, Einkommen sichert Existenz.**

Die Thüringer Betriebe treffen zunehmend auf die Konkurrenz aus den neuen Industrieländern, den Schwellenländern und den Entwicklungsländern. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe gibt es seit längerem Produktionsverlagerungen, die weiter anhalten werden. Die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre und insbesondere der nächsten Legislatur muss sich des stetig steigenden Wettbewerbsdrucks im Thüringer Wirtschaftsraum bewusst werden. Die Betriebe und Unternehmen müssen sich mit ihren Produkten und Dienstleistungen nicht nur gegen Konkurrenz aus dem Inland behaupten, sondern

auch auf den europäischen und internationalen Märkten. Den Wettbewerbsdruck wird insbesondere die EU-Osterweiterung verschärfen.

Die Folgen der EU-Osterweiterung dürfen nicht unterschätzt werden. Es ergeben sich Risiken, die sich insbesondere in Niedriglohn- und niedrigproduktiven Bereichen finden. Es ergeben sich aber auch immense Chancen, die aus den Landes- und Sprachkenntnissen und der hohen Qualität bei Produkten und Dienstleistungen resultieren.

Steigende Arbeitsplatzkosten, hohe direkte und indirekte Steuern, Planungsunsicherheit und langwierige Genehmigungsverfahren sind keine Impulsgeber für die Wirtschaft. Dadurch wird bis weit in die Gesellschaft hinein eine skeptische Grundstimmung gegenüber der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung erzeugt. Zukunftsängste und Technologiefeindlichkeit werden teilweise politisch instrumentalisiert und forciert.

Der technologischen Entwicklung, der Globalisierung und der zunehmenden Markttransparenz kann sich Thüringen nicht entziehen. Im Gegenteil: Schafft es Thüringen in der kommenden Legislatur, sich auf die Entwicklungen einzustellen, kann es erfolgreich werden. Veränderungs- und Aufbruchswillen in Politik und Wirtschaft ist dafür unabdingbare Voraussetzung.

#### **Aufgaben für die Landespolitik sind:**

1. ...verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen, um Planungssicherheit herzustellen.
2. ...den Mittelstand zu stärken. Der Mittelstand sorgt für die Wertschöpfung, die in Thüringen notwendig ist.
3. ...den Leistungswilligen die Verwirklichung ihrer Aktivitäten weitestgehend zu ermöglichen.
4. ...Privat geht vor Staat: Der zunehmenden Tendenz des Landes, selbst als Unternehmer tätig zu werden, muss entgegengewirkt werden.
5. ...eine enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft herzustellen.

Die FDP Thüringen wird alles tun, um die Wirtschaft im Freistaat von hoher Abgabenlast zu befreien, das Arbeitsrecht zu flexibilisieren, Abgaben auf Zweckgebundenheit zu überprüfen und zurückzufahren, Auflagen auszusetzen - mit einem Satz: **Thüringen muss Sonderwirtschaftszone werden.** Will der Freistaat sich der Globalisierung, der Osterweiterung und dem erhöhten Konkurrenzdruck stellen, braucht es wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Eine Senkung der Lohnnebenkosten sichert die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft im globalisierten Europa. Ziel dafür muss eine konsequente Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme und ihre Abkopplung vom Faktor Arbeit sein.

Rückgrat der Thüringer Wirtschaft ist und bleibt der Mittelstand. Er ist Arbeitgeber und Ausbilder Nummer 1 in Land und Bund. **Die mittelständischen Betriebe haben sich als außerordentlich flexibel, innovativ und arbeitsplatzsichernd erwiesen. Handeln und Verantwortung fallen dort noch zusammen.** Diesem wichtigen Wirtschaftssektor müssen deshalb Steine aus dem Weg geräumt werden. Wir müssen mutiger, entschlossener und entschiedener die mittelständischen Betriebe, die Familien- und Handwerksfirmen, also die Thüringer Wirtschaft, stärken. In der Arbeitswelt verurteilen wir jede Form der Altersdiskriminierung.

Ältere Arbeitnehmer sind nicht weniger leistungsfähig als jüngere, sondern aufgrund ihrer Erfahrungen bei entsprechender angepasster Vorbereitung auch im fortgeschrittenen Alter einsetzbar. Wollen wir den Standort Thüringen attraktiver gestalten, um damit die Abwanderung aufzuhalten und die Massenarbeitslosigkeit zurückzufahren, müssen wir zu entschlossenen Maßnahmen greifen. Die Liberalen wollen deshalb gerade mit dem Mittelstand eine gute Zukunft für Thüringen gestalten.

Für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung ist allerdings auch eine funktionierende Industriestruktur notwendig. Dienstleister und Dienstleistungen allein können keine Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung sein. Denn ohne Industrie gibt es auch keine industrienaher Dienstleistung. Damit kann es auch keine Dienstleistungswirtschaft geben. Deshalb muss Thüringen in der nächsten Legislatur an Attraktivität für das verarbeitende Gewerbe gewinnen.

**Wirtschaft, Arbeit, Technologie, Landesentwicklung, Energie und Verkehr sind miteinander verbundene und aufeinander angewiesene Bereiche.** In der nächsten Legislatur ist besonders die Verbindung zwischen den Bereichen **Wissenschaft** und **Wirtschaft** verstärkt auszubauen. Insbesondere die Forschungs- und Technologieförderung muss mit der Wirtschaftspolitik eng verzahnt sein. Thüringen verfügt über eine gute Fachhochschul- und Hochschulstruktur. Die Grundlagenforschung, die betriebliche Forschung die staatliche Forschungsförderung müssen enger verzahnt werden. **Wir müssen unser Wissen, unser Know-how und unsere Forschungsleistungen in marktfähige Produkte umsetzen.**

Einen wesentlichen Anteil an der Wirtschaftspolitik muss künftig die **Tourismuspolitik** einnehmen. Es ist unverständlich, dass in dem Land der Burgen und Schlösser, der Dichter und Komponisten die Tourismuszahlen stagnieren. **Thüringen leidet nicht nur unter Abwanderung, sondern auch unter abnehmenden Besucherzahlen.** Die Landesregierung arbeitet bis heute mit einem Tourismuskonzept, das zwölf Jahre alt ist. Die FDP wird sich in der nächsten Wahlperiode intensiv um den Tourismusbereich kümmern. Für die besonders wirtschaftsschwachen Regionen nördlich und südlich der A 4 kann die Tourismusbranche ein künftiges Standbein sein. Für die strukturstärkeren Regionen Thüringens ist der Tourismusbereich nicht weniger notwendig. Es fehlt eine ordnende und koordinierende Hand. Die FDP wird deshalb ein neues Tourismuskonzept erstellen. Die Verbandsstrukturen müssen den touristischen Regionen angepasst werden und nicht Landkreisgrenzen. Insbesondere ist eine Kooperation auch über die Landesgrenzen hinweg notwendig. Thüringen teilt viele attraktive Regionen, wie die Rhön, das Kyffhäuser-Gebiet oder das Vogtland mit anderen Bundesländern. Ein gemeinsames nachbarschaftliches Vorgehen ist angebracht. Der Tourismus im Grünen Herzen Deutschlands muss in der nächsten Legislatur angekurbelt werden.

**Landwirtschaft und Ländliche Räume** Land- und Forstwirtschaft haben die Kulturlandschaft und den ländlichen Raum entwickelt. Sie erfüllen vielfältige Aufgaben und sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Landwirtschaft ist und bleibt gerade in Thüringen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Landwirtschaft in Einheit mit den dazu gehörigen vor- und nachgelagerten Bereichen, wie die Futtermittelindustrie, die landtechnische Industrie und vor allem die Ernährungswirtschaft bilden eine der tragenden Säulen am Bruttosozialprodukt in Thüringen.

Daher hat die Landwirtschaft für die FDP einen sehr hohen Stellenwert. Angesichts der ideologisch geprägten „neuen Agrarpolitik“ der rot/grünen Bundesregierung tritt die FDP für einen verlässlichen Handlungsrahmen für landwirtschaftliche Betriebe ein.

Liberaler Agrarpolitik will die schrittweise Verringerung der Eingriffe in den Markt. Die Agrarpolitik darf existenzfähige Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht behindern. Deshalb sind wir gegen Förderobergrenzen und gegen eine überproportionale Belastung größerer Betriebe gleich welcher Rechtsform.

Der Grundgedanke der Entkopplung der Prämien von der Produktion ist der richtige Weg. Die FDP ist für eine unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft mit deutlich weniger Bürokratie. Bei der nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform kommt es nunmehr darauf an, diesen Grundgedanken der FDP so auszugestalten, dass die heimische Landwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird.

Folgende Korrekturen am Gesetzentwurf der Bundesregierung sind dringend erforderlich:

1. Die Anforderungen im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzbereich müssen 1:1 nach EU-einheitlichen Standards in allen Ländern umgesetzt werden. Alle zusätzlichen nationalen Alleingänge verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und sind strikt abzulehnen.
2. Die über Modulation frei werdenden Mittel müssen im Bereich Milchviehhaltung und Bullenmast zur Abmilderung der entstehenden Härten eingesetzt werden. Ganz klar, die Modulationsmittel sind Bauerngeld und müssen Bauerngeld bleiben.

Um die Landwirtschaft auch weiterhin als innovativen Wirtschaftszweig sichern zu können, wollen wir,

1. dass die investive Förderung landwirtschaftlicher Betriebe über das Landesprogramm AIP erhalten bleibt und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ fortgesetzt und dessen Kofinanzierung gesichert wird. Das trifft hier insbesondere die Ausgleichszahlung für benachteiligte Gebiete.
2. Bis zur Einführung einer einheitlichen Flächenprämie für das Ackerland und das Grünland ist das bewährte Landesprogramm „KULAP“ in seinem vollen Umfang zu erhalten.
3. Der Vertragsnaturschutz ist vor dem administrativen Naturschutz zu präferieren. Alle zusätzlichen Auflagen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, sind auch extra zu entschädigen.

In Thüringen haben die Landwirte als größte Flächennutzer eine Existenzgrundlage auch als Pfleger und Bewahrer von Natur und Landschaft. Eine konstruktive Naturschutzpolitik, von der die gesamte Gesellschaft profitiert, darf daher nicht zu Lasten der Eigentümer und Landnutzer gehen.

Die FDP Thüringen tritt für eine Nutzung der Chancen der „grünen Gentechnik“ ein. Die grüne Gentechnik ist ein neuartiges Werkzeug für die Züchtung von Kulturpflanzen. Die Entwicklung von Biotechnologien schafft neue und sichert vorhandene innovative Arbeitsplätze. Hier gilt es wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen, um die Möglichkeiten und Risiken objektiv abwägen zu können.

Zu Sicherung des qualifizierten Berufsnachwuchses setzt sich die FDP Thüringen für den weiteren Ausbau des Berufsschulstandortes in Schwerstedt und der Landwirtschaftlichen Fachschule in Stadtroda ein.

Die ländlichen Räume in Thüringen müssen wettbewerbsfähige Regionen sein. Die Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande müssen stetig weiterentwickelt werden, um urbane und soziale Strukturen zu erhalten und Bevölkerungsabwanderung zu stoppen. Dazu bedarf es einer besseren Abstimmung und Koordinierung der Maßnahmen in den Bereichen Agrar-, Struktur- und Regionalpolitik.

Eine flächendeckende, unternehmerische, am Markt und am Verbraucher orientierte Landwirtschaft ist Ziel der FDP.

Bei den Aufgaben und Herausforderungen im Wirtschaftsbereich wird es Thüringen allein nicht schaffen. Besonders nicht bei Problemen, die eine Änderung der Bundesgesetzgebung notwendig machen. Der Freistaat braucht Partner, mit denen zusammen Lösungen für Probleme angegangen werden. Mit den Nachbarländern Hessen, Bayern und Niedersachsen ist Zusammenarbeit in den Bereichen der Infrastruktur sowie der Forschung und Entwicklung möglich und nötig. Besonderen Wert werden die Liberalen auf eine intensive Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt legen. **Die Region Mitteldeutschland muss in der nächsten Wahlperiode erheblich gestärkt werden.**

#### **Auf den Punkt gebracht:**

##### Wofür wir Liberale uns in der nächsten Legislatur einsetzen:

- ☞Die FDP wird alles tun, um Thüringen zur Sonderwirtschaftszone zu erklären.
- ☞Stärkung des Investitionsstandort Thüringen u.a. durch Bereithaltung von Industriegroßflächen von über 200 ha Größe.
- ☞Für Investoren wird es bei Genehmigungsverfahren nur noch eine zentrale Anlaufstelle geben. Damit sparen Investoren und Existenzgründer Zeit.
- ☞Die Genehmigungsverfahren selbst werden vereinfacht und verkürzt.
- ☞Dies wird durch eine konsequente Deregulierung geschehen. Gesetze werden auf Notwendigkeit, Wirksamkeit, Regelungsgehalt und Finanzierbarkeit überprüft. **Neue Gesetze erhalten ein Verfallsdatum.**
- ☞Reagiert eine Behörde nicht innerhalb einer festgelegten Frist auf einen Genehmigungsantrag, gilt dieser als automatisch erteilt.
- ☞Wir setzen uns für den Weiterbau der ICE-Strecke Berlin – Leipzig – **Erfurt** – Nürnberg, den zweigleisigen, elektrifizierten Ausbau der Mitte—Deutschland-Schienenverbindung, für Verkehrsverbünde im ÖPNV sowie die längst fälligen Autobahnanbindungen und Ortsumgehungen ein. Dies macht auch Regionen fern der Autobahnen für die Wirtschaft attraktiver.

- ☞☞ Stärkere Vermittlung von unternehmerischem Handeln in der Bildung, die Erzeugung **eines positiven Unternehmerbildes** in Lehre und Studium, Offensive für mehr Selbstständigkeit.
- ☞☞ Die Programme für Fördermaßnahmen bei Existenzgründungen und Investitionen werden in ihrer Anzahl reduziert, der Förderdschungel konsequent abgeholt.
- ☞☞ Vorrang privater vor öffentlicher Leistungserbringung in allen kommunalen Ausschreibungen.
- ☞☞ Wissenschaftliche Begleitung von Gründungsaktivitäten durch Verzahnung von Forschung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren.
- ☞☞ Eine Energiepolitik ohne ideologische Scheuklappen. Abbau rot-grüner Subventionen wie Kohle- und Windkraftsubventionen.
- ☞☞ Zurückführen aller Subventionen auf das absolute Minimum.
- ☞☞ Die Stärkung des Tourismus, einem der wichtigsten Arbeitgeber in Thüringen, durch Bündelung und Vereinfachung der Vermarktungsstrukturen und der länderübergreifenden Tourismusk Kooperationen.
- ☞☞ Die Beibehaltung des Mobilitätzuschusses für Pendler, solange es keine spürbare Steuerentlastung gibt.
- ☞☞ Legalisierung des Demontagerechts zur Durchsetzung des Eigentumsvorbehaltes bei unbezahlten Handwerkerrechnungen.
- ☞☞ Die Beibehaltung des hohen Standards in der beruflichen Bildung. Wir werden weltweit für duale Ausbildungssysteme geschätzt.
- ☞☞ **Ein klares Nein zur Ausbildungsplatzabgabe.** Sie schafft keine Ausbildungsplätze, sondern gefährdet Arbeitsplätze. Sie schafft Unzufriedenheit und Bürokratie in den Betrieben.
- ☞☞ Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern.
- ☞☞ Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Industrieforschung und Wissenschaft in Thüringen.
- ☞☞ Ersatz von ABM und SAM durch Direktbeauftragung ortsansässiger Unternehmen auf Gemeindeebene.
- ☞☞ Reform des Steuer- und Abgabenrechtes, verbunden mit einer spürbaren Vereinfachung und Senkung.
- ☞☞ Initiierung einer bundesweiten Initiative zur kurzfristigen Abkopplung der sozialen Sicherungssysteme vom Faktor Arbeit durch eine Strukturänderung zur ausschließlich steuerfinanzierten Altersrente für alle Bürger.

- ☞☞ Schaffung einer „Modellregion Thüringen“, die es erlaubt, die geforderten Wirtschaftsreformen in Verantwortung der Landesregierung umzusetzen.
- ☞☞ Senkung bzw. Stabilisierung der Lohnnebenkosten durch Eigenvorsorge und Zulassung von Wettbewerb.
- ☞☞ Öffnung der Flächentarife durch Vorrang betrieblicher Bündnisse, Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes.
- ☞☞ Mittelstandsfreundliche Regelung des Betriebsübergangs.
- ☞☞ **Die Thüringer Wirtschaft ist geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dem Mittelstand muss daher die besondere Aufmerksamkeit der Thüringer Wirtschaftspolitik zukommen.**

## **Bildung für Thüringen:**

Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben jedes Menschen. Sie bestimmt die wirtschaftlichen Chancen und damit die soziale Sicherheit.

Bildung ist auch Voraussetzung für Fortschritt, Toleranz und Demokratie.

**Bildung ist ein Prozess, der uns lebenslang begleitet.** Sie endet nicht mit dem Schulabschluss. Wir leben in einer Welt, die sich ständig verändert. Daraus ergeben sich immer neue Anforderungen, es ist ständig neues Wissen nötig, mit neuen Fertigkeiten müssen wir uns flexibel den wechselnden Anforderungen stellen.

Bildung bestimmt aber auch die gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. Gut ausgebildete Schulabgänger sind die Grundlage für qualifizierte Facharbeiter, Ingenieure und Hochschulabsolventen. Schulabgänger, die den Anforderungen der Berufsausbildung nicht entsprechen, gefährden die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens.

Die Förderung aller Begabungen muss in Thüringen wieder in den Mittelpunkt der Bildungspolitik rücken. **Die Fülle der Begabungen macht eine Gesellschaft reich.** Sie lässt sich aber nur ausschöpfen, wenn man bereit und in der Lage ist, sich auf den Einzelnen zu konzentrieren, unterschiedliche Talente zu erkennen, zu fördern und zu entwickeln. Die Förderung von Eliten ist notwendig, wenn unser Land international wettbewerbsfähig bleiben will. Aber auch Menschen mit geringeren Fähigkeiten müssen Chancen erhalten, auch sie werden gebraucht. Die differenzierte, zielorientierte Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten muss wieder in den Mittelpunkt der Schulausbildung rücken. Schulabschlüsse müssen als Grundlage für die weitere Entwicklung einen echten Wert haben.

**Notwendig sind kinder- und elterngerechte frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote, eine flexible frühe Einschulung, deutlich kürzere Ausbildungs- und Studienzeiten. Das Abitur soll auf ein Hochschulstudium hin führen. Der Besuch der Regelschule soll für das Erlernen eines Berufes qualifizieren.** Abiturienten in Berufsschulen müssen die Ausnahme sein, heute ist das die Regel.

In der **Grundschulstufe werden die Grundlagen wie Lesen, Schreiben, Rechnen** und erste Fremdsprache gelegt. Schule und Elternhaus tragen in dieser Zeit gemeinsam zur Persönlichkeitsentwicklung des Kindes bei. Die Vermittlung von Eigenständigkeit und Leistungsbereitschaft, Teamfähigkeit, Solidarität und Freiheit spielt in dieser Phase eine besondere Rolle. Die Informationsvermittlung und -beschaffung erfolgt immer mehr über elektronische Quellen. Deshalb muss die Informationsvermittlung vom Buch bis hin zum Datennetz Bestandteil der Grundausbildung werden.

Vor dem Übergang in die Schularten Regelschule und Gymnasium ist die Grundschulstufe von 4 Jahren auf 6 Jahre zu verlängern, um den Eltern eine geeignete und den persönlichen Fähigkeiten ihrer Kinder tatsächlich entsprechende Schulwahl zu ermöglichen.

**Regelschulen und Gymnasien bilden die Grundlage für eine differenzierte, leistungsabhängige Vermittlung von Fachwissen** und der Methodik, die gewonnenen Erkenntnisse wirksam anzuwenden, zu erweitern und zu vertiefen.



Dabei sollen die Schulen im Rahmen der Spezialisierung und im Sinne des Wettbewerbs **ih** **eigenes, unverwechselbares Profil** herausbilden. Das Land muss klare Standards für alle Ebenen des Bildungssystems festlegen, um eine Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Zeugnissen zu gewähren. Dazu gehört, dass den Schulen **die finanzielle und personelle Hoheit im Rahmen eines Budgets** gewährt wird. Dazu gehört auch die Abschaffung der Schuleinzugsbereiche, um Eltern und Schülern die Wahlmöglichkeit zu gewährleisten.

Das Gymnasium dient der Vorbereitung eines Hochschulstudiums. Das Abitur bedeutet Hochschulreife. Spezialisierte Facharbeiter mit hohen technischen, kaufmännischen oder praktischen Fähigkeiten brauchen kein Abitur. Das verzögert nur den Eintritt ins Erwerbsleben und belastet die Sozialsysteme. Die erforderliche Weiterbildung kann und soll im Beruf erfolgen.

Die **Thüringer Hochschulen** verfügen noch über einen guten Ruf. Sie leiden unter einem engen Korsett nicht ausreichender Finanzmittel und zu wenig Autonomie. Von der Personalauswahl bis zur Beschaffung von Drittmitteln wird alles staatlich reglementiert. Das führt letztendlich zu veralteten Unterrichtsmaterialien, zu geringer Kapazität an Seminar- und Laborräumen und somit zu verlängerten Studienzeiten.

#### Das muss geschehen:

Es müssen Aufnahmekriterien geschaffen werden, die sich am Leistungsvermögen der Schüler orientieren. **Die Gymnasien müssen Aufnahmetests durchführen dürfen.** Auch sollten Schüler und Gymnasien das Auswahlrecht haben. Es ist ein **Kanon von Pflichtfächern** zu definieren, der die Vergleichbarkeit des Abschlusses international gewährleistet.

**Die Hochschulen müssen in inhaltlichen und organisatorischen Fragen größere Kompetenzen bekommen. Sie benötigen Globalbudgets einschließlich der Personalkosten.** Stiftungsprofessuren und andere Finanzierungsformen aus der Wirtschaft sind zu fördern.

Die Hochschulen müssen sich ihre Studenten selbst aussuchen können, die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen muss abgeschafft werden. Wettbewerb und Profilierung setzen die Voraussetzung, dass die besten Lehrer und Studenten nach Thüringen kommen und Thüringen als innovativen Standort bekannt machen. **Wir brauchen keine zentralistische Festlegung von Eliteuniversitäten. Es gibt viele international anerkannte Institute, wir werden uns zu ihnen bekennen und ihnen die Freiheit geben, sich weiter zu entwickeln.**

In der **Berufsausbildung** ist die Vermittlung von Grundlagen und modernen Techniken und Verfahren notwendig. **Die Berufsbilder und Lehrinhalte müssen den Anforderungen der Wirtschaft gerecht werden.** Die duale Berufsausbildung ist beizubehalten und zu stärken. Überbetriebliche Berufsausbildung für Benachteiligte und Behinderte muss beibehalten werden.

Die notwendigen strukturellen Reformen im Bildungswesen müssen endlich konsequent angegangen werden. Das Bildungssystem braucht Planungssicherheit und Zielorientiertheit. **Wir werden Schluss machen mit dem „Großschulversuch Thüringen“.**

Die Qualifizierung von Erziehern und Erzieherinnen und Lehrern muss verbessert werden. Dazu gehören beispielsweise didaktische Eignungstests vor Aufnahme des Studiums. Wir setzen uns für eine bessere und modernere Ausstattung der Schulen, ihre Abkopplung vom kameralistischen Finanzsystem und leistungsorientierte Bewertungssysteme ein.

### **Auf den Punkt gebracht**

#### Wofür wir Liberale uns in der nächsten Legislatur einsetzen:

- ☞☞ Wir werden allen Schulen und Hochschulen im Rahmen einer umfassenden Haushaltsautonomie ein Globalbudget zusprechen. Hieraus sind auch die Personalkosten zu bestreiten. Damit einhergehen muss die vollständige Personalautonomie.
- ☞☞ Die Zuweisung von Globalbudgets ermöglicht langfristig die Abschaffung der Schulämter in ihrer jetzigen Form. Von Verwaltungsaufwand befreit können sich Schulämter zukünftig verstärkt der Dienstaufsicht und Beratung der Schulen widmen.
- ☞☞ Personalautonomie bedeutet auch, die Verbeamtung von Lehrern und Hochschullehrern, Schulleitern und Professoren sofort zu stoppen und das Lehrerdienstrecht entsprechend neu zu ordnen.
- ☞☞ Wahlfreiheit soll zukünftig auch für die Schülerinnen und Schüler gelten. Um den Wettbewerb zwischen den Schuleinrichtungen zu fördern, sind die Schuleinzugsbereiche für alle Schularten abzuschaffen.
- ☞☞ Die Grundschulzeit verlängert sich von vier auf sechs Jahre. Die zu hohe Übertrittsquote von der Grundschule in das Gymnasium soll durch die qualitative Anreicherung der Regelschule verringert werden.
- ☞☞ Die Zugangsbarrieren für den Eintritt in das Gymnasium sind zu erhöhen. Hierzu sind Empfehlungsschreiben durch Klassenkonferenzen bzw. Probeunterricht abzuschaffen. Gymnasien werden die Möglichkeit erhalten, eigene Aufnahmetests für Bewerber durchzuführen.
- ☞☞ Ausbildungsplatzabgaben lehnen wir ab, sie schaffen keine Ausbildungsplätze sondern Unzufriedenheit und Bürokratismus in den Betrieben. Das duale Bildungssystem ist zu stärken.
- ☞☞ Alternative Schulformen und Schulfinanzierungsformen sind zuzulassen. Das erhöht die Vielfalt der Bildungslandschaft in Thüringen.
- ☞☞ Wir wollen auch, dass zukünftig die Studenten ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen dürfen. Dafür ist es notwendig, dass Thüringen gemeinsam mit weiteren Ländern den mit der ZVS geschlossenen Staatsvertrag kündigt und auf deren Abschaffung hinwirkt.

## **Zukunft in Thüringen:**

### **Zukunft und Familie gehören für die Liberalen untrennbar zusammen.**

Familie ist dort wo Kinder sind – Kinderlärm ist Zukunftsmusik.

**Die Familie ist das kleinste und bedeutendste soziale Netz und steht zu Recht unter dem besonderen Schutz des Staates.** Die Thüringer FDP will ein familienfreundliches Land, dass Eltern und Kindern Perspektive bietet, hier zu wohnen, zu lernen und zu arbeiten.

Die demographische Entwicklung zeigt aber im erschreckenden Maße auf, dass Thüringen immer mehr Einwohner verliert, dass weniger Kinder geboren werden als ältere Menschen von uns gehen. Dieses führt zu einer ungesunden Bevölkerungsstruktur, zur Gefährdung der sozialen Systeme und zu erhöhten Aufwendungen bei der Vorhaltung der Infrastruktur durch die Kommunen.

Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen als der wichtigsten Grundlage und der Sicherung eines attraktiven Erziehungs- und Bildungssystems müssen wir deshalb die Förderung und Stärkung der Familie in den Vordergrund der Politik stellen. Kindererziehung und Familie müssen wieder den gesellschaftlichen Stellenwert bekommen, der ihnen gebührt. Kindererziehung darf nicht zu sozialer Not führen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele liberaler Familienpolitik. Mit der Zahlung des Landeserziehungsgeldes hat Thüringen einen ersten richtigen Schritt getan. Aber eine konsequent familienfreundliche Politik bedarf mehr, als zeitlich begrenzter staatlicher Finanzhilfen.

Die demographische Entwicklung in Deutschland gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft. Es gibt zu wenig Kinder, gleichzeitig steigt die Lebenserwartung. In vielen Bereichen werden immense Lasten in die Zukunft verschoben, zum Nachteil künftiger Generationen. Obwohl Familien unter besonderem staatlichen Schutz stehen, haben sich die Lebensverhältnisse der Familien in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. **Kinder zu haben ist mittlerweile eines der größten Armutsrisiken in unserer Gesellschaft. Die herkömmliche Familienpolitik hat versagt!** Kindern und den sie großziehenden Eltern muss ein Stellenwert eingeräumt werden, der ihrer Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft entspricht. Um die Gesellschaft kinderfreundlicher zu gestalten, muss Politik kinderfreundlicher werden, Nachteile für Familien mit Kindern müssen abgebaut werden. Dies ist nur möglich, wenn wir Familien mit Kindern die Chance geben, auf politische Entscheidungen stärker Einfluss nehmen zu können als bisher. Deshalb fordern wir die Ausweitung des Wahlrechtes auf alle Menschen. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren – und damit 20 Prozent des Volkes – wird derzeit generell der Einfluss auf die Ausübung der Staatsgewalt versagt. Die Politik kann aber nur die Interessen aller Menschen, der Rentner, der Menschen im erwerbsfähigen Alter und der Kinder wahrnehmen, wenn alle Menschen ihre Interessen gleichberechtigt geltend machen können. Mit der Einführung eines „Familienwahlrechtes“ wird eine grundlegende Neuausrichtung der Familienpolitik weg von Kinderfesten hin zu echter Interessenvertretung der nachwachsenden Generationen begründet. Dabei sollen Kinder nicht selbst wählen gehen. Eltern tragen die Verantwortung für die Entwicklung ihrer Kinder, sie sollen auch das Wahlrecht bis zum 18. Lebensjahr ihrer Kinder stellvertretend für diese ausüben. Mit zunehmendem Alter soll die Wahlentscheidung mit dem Kind besprochen werden.

Die hierfür notwendigen Gesetzesänderungen bis hin zum Grundgesetz müssen in Angriff genommen werden, um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und eine Chance für ein kinder- und familienfreundlicheres Deutschland zu eröffnen.

#### Wir Liberalen wollen:

- ☞☞ Berücksichtigung der Auswirkungen auf Familien bei allen politischen Entscheidungen
- ☞☞ Stärkere Berücksichtigung von Kindern und Familien in der Städtebau- und Wohnungsbaupolitik, in der Schul- und Verkehrspolitik – also kinderfreundliche Städte und Gemeinden
- ☞☞ Unterstützung integrativer Konzepte um „Alt“ und „Jung“ wieder zueinander zu führen
- ☞☞ Die Kinderbetreuung in Kindergarten, Grundschulhorten und in Sport-, Kultur- und anderen Arbeitsgemeinschaften muss gesichert und verstärkt werden. Die Möglichkeiten des Ehrenamtes auf kommunaler Ebene sollen dazu verstärkt genutzt werden.
- ☞☞ Initiativen im Bundesrat zur steuerlichen Entlastung von Familien durch die Senkung direkter Lasten (Einkommens- bzw. Lohnsteuer) und vor allem indirekter Belastungen (Ökosteuer, Mehrwertsteuer, usw.)
- ☞☞ Initiative zur Anerkennung der Erziehungsleistungen der Eltern vor allem im Sozialversicherungs- und Rentenrecht
- ☞☞ Einführung des Familienwahlrechtes, d. h. des Wahlrechtes für alle Bürger unabhängig von ihrem Alter, welches für Kinder treuhänderisch von den Sorgeberechtigten wahrgenommen werden soll

Die Veränderungen der Arbeitswelt, der Altersstruktur der Bevölkerung und die jahrelang realitätsferne Politik erfordern schnelle, tragfähige Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Dazu sind die Bürger in Thüringen bereit. Sie wollen ihren Beitrag zur Sanierung und Sicherung der Sozialsysteme leisten. Aber sie können dafür erwarten, dass ihnen klar und berechenbar gesagt wird, welches ihr Beitrag ist. Sie können erwarten, dass die ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen. Und sie können erwarten, dass die Reformen Bestand haben. Ständige Nachbesserungen führen zu Verunsicherung. Das haben die Menschen nicht verdient.

#### Wir Liberale sind deshalb für:

- ☞☞ Steuerliche Entlastung der Bürger um Spielräume für die Eigenvorsorge zu schaffen
- ☞☞ Aufbau einfacher, kapitalgedeckter Sicherungssysteme
- ☞☞ Versicherungspflicht anstelle der Pflichtversicherung
- ☞☞ Entkopplung der sozialen Sicherungssysteme vom Arbeitseinkommen und Schaffung einer Grundsicherung
- ☞☞ Einführung von Wahltarifen mit Elementen der Eigenbeteiligung und der Präventionsvergütung
- ☞☞ Zulassen des Wettbewerbs zwischen den Kassen und Abschaffung des Risikostrukturausgleichs

Wir Liberalen sind für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Dazu gehört, dass man sich nicht nur gegen Lebensrisiken absichert sondern auch durch eigenverantwortliches Handeln diesen Risiken entgegenwirkt, um sie im besten Fall zu vermeiden. Gerade auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge ist deshalb Prävention ein wesentlicher Bestandteil liberaler Konzepte.

## Auf den Punkt gebracht

Wofür wir Liberale uns in der nächsten Legislatur einsetzen:

- ☞☞Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen
- ☞☞Vermehrte Aufklärung über gesunde Ernährung und Bewegung in Kindergärten und Schulen
- ☞☞Verbesserung der Zahngesundheit in Kindergärten und Schulen
- ☞☞Vermehrte Aufklärung über die gesundheitsschädigenden Auswirkungen legaler und illegaler Drogen
- ☞☞Unterstützung von Selbsthilfegruppen als Ausdruck des selbst organisierten Bürger

## **Gesundheitssicherung für Thüringen**

**In Thüringen muss die flächendeckende, wohnortnahe und bürgernahe ärztliche Versorgung sichergestellt werden.** Es kommt dabei auf die richtige Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung an. Rückgrat der medizinischen Versorgung sind dabei freiberuflich tätige Ärzte und Therapeuten und die freie Arztwahl für die Patienten. Das Hausarztprinzip ist weiterzuführen.

Die Versorgung mit Allgemeinmedizinerinnen ist in Thüringen besonders im ländlichen Raum gefährdet.

- ☞☞Erste Sofortmaßnahme: Kippen der Altersbeschränkung für Kassenärzte.
- ☞☞Die Stellung des Allgemeinmediziners ist zu stärken. Ein Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Universität Jena ist einzurichten.
- ☞☞Eine Bündelung des Angebots von medizinischen Dienstleistungen an einem Ort zur interdisziplinären Zusammenarbeit

Dabei ist **die Kette von der Prävention über die medizinische Versorgung bis hin zur Nachsorge und Rehabilitation aufzubauen und zu sichern.** In Anbetracht der Bevölkerungsentwicklung sind geriatrische Bereiche weiter auszubauen. Der zielgenaue Einsatz von Reha-Maßnahmen erreicht langfristig eine kostensparende Wirkung. Der Vorrang von Reha vor Pflege muss gelten.

Gerade im Pflegebereich kommt auf die Gesellschaft eine enorme Herausforderung zu. **Hier sind gesundheitliche Vorbeugung und finanzielle Eigenvorsorge gefragt.** Die staatlich organisierte Pflegekasse zeigt, dass staatliche Organisationsformen dauerhaft nicht geeignet sind, die Aufgaben zu lösen. Es gibt keine Anreize für die Bürger, im Gegenteil es hat sich ein besorgniserregender Trend des Abschiebens von Älteren ins Heim entwickelt. **Die Pflege innerhalb der Familie** oder auch das Zusammenleben in betreuten Wohnformen **sind für uns Liberale die bessere Alternative** und deshalb stärker zu unterstützen.

## Freiheit und Sicherheit in Thüringen

Freiheit und Sicherheit sind für die Liberalen in Thüringen eng miteinander verbunden. **Nur in einem sicheren Staat sind die Bürger auch frei,** ihre Rechte auszuüben. Deshalb werden sich die Liberalen immer für die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates als Garant für Freiheit und Entfaltung einsetzen. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Freiheit des Anderen. Deshalb sind Freiheit und Verantwortung untrennbar miteinander verbunden.

Aber wir werden auch wachsam sein, dass der Staat das geliehene Gewaltmonopol **nicht zur Einschränkung dieser Bürgerrechte missbraucht**. Eintreten für die Freiheit heißt auch Schutz des Bürgers vor dem Staat. Der Schutz der Freiheitsrechte muss in Thüringen wieder eine parlamentarische Stimme haben. **Nicht durch Schaffung neuer Gesetze sondern die konsequente Anwendung der Bestehenden muss die Freiheit der Bürger geschützt werden.**

**Eine konsequente Bestrafung der Täter stärkt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat** und ist gleichzeitig als wirksame Kriminalitätsbekämpfung unverzichtbar. Kriminalitätsbekämpfung kann jedoch nicht erst mit dem Strafrecht beginnen. Es müssen vielmehr Anstrengungen unternommen werden, Straftaten zu verhindern. Deshalb muss die Polizeipräsenz auf den Straßen als Ausdruck des Präventionswillens des Staates erhöht werden. Die Beamten müssen daher von bürokratischen Arbeiten entlastet werden. Eine private Übernahme von hoheitlichen Aufgaben lehnt die FDP Thüringen ab.

**Vorbeugen ist aber nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern aller Bürgerinnen und Bürger.** Wo das soziale Netzwerk intakt ist, ist die Kriminalität gering. Prävention bedeutet auch, die vielfältigen Ursachen von Kriminalität, wie Perspektivlosigkeit, Verlust allgemein akzeptierter Wertvorstellungen, Nachlassen der Erziehungsfähigkeit von Familien, Integrationsprobleme von Aussiedlern und Ausländern entschlossen zu bekämpfen.

**Wichtig ist daher, dass bereits im Elternhaus eine Erziehung zum Rechtsbewusstsein erfolgt.** Auch im Kindergarten und in der Schule muss eine entsprechende Wertevorstellung vermittelt werden.

Gegen eine wachsende Kinder- und Jugendkriminalität sind soziale Maßnahmen im Zusammenhang mit Jugendhilfen und Eltern erforderlich. Eine Reformierung des seit 1952 geltenden Jugendstrafrechts ist daher zwingend erforderlich. **Im Jugendstrafrecht muss der Erziehungsgedanke weiter im Vordergrund stehen.** Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, Erziehungshilfen auch gegen den Willen der Eltern anzuordnen.

Wenn Prävention versagt, bleibt nur die Anwendung des bestehenden Strafrechts. Damit Strafe ihren Sinn entfalten kann und ihre Wirkung nicht verfehlt, muss **die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen**. Es ist daher zwingend erforderlich, dass das beschleunigte Strafverfahren voll ausgeschöpft wird. Dazu gehört auch eine verbesserte Form des Täter-Opfer-Ausgleichs.

Bei der Anwendung des Strafrechts **ist der Opferschutz stärker in den Vordergrund zu stellen**. Eine Entkriminalisierung und damit Verharmlosung von sogenannten Bagatelldelikten lehnt die FDP Thüringen ab. Ein Missverhältnis zwischen Verfolgungen von Ordnungswidrigkeiten und der Nichtahndung von Bagatellekriminalität beschädigt das Rechtsbewusstsein des Bürgers, führt zu Verunsicherung und Vertrauensverlust in die freie Gesellschaft.

Die Verfolgung von Straftaten darf nicht mit der Verurteilung der Straftäter enden. Die innere Sicherheit verlangt einen wirksamen Strafvollzug. Der Strafvollzug setzt voraus, dass die Straftäter im Strafvollzug Perspektiven erhalten. Es ist zwingend erforderlich, dass im Freistaat Thüringen eine neue Jugendvollzugsanstalt errichtet wird, mit der Maßgabe, den Jugendlichen dort Perspektiven zu bieten.

Eine effektive Vorbeugung von Straftaten und Strafverfolgung setzt einen gut ausgebildeten, gut motivierten und personell sachlich gut ausgestatteten Polizei- und Justizapparat voraus. Die Ermittlungsbehörden müssen mit modernen technischen Mitteln ausgestattet sein, um so wirksam Verbrechensbekämpfung durchführen zu können.

Wir Liberale fordern deshalb:

- ☞☞ Erziehung und Vermittlung von Wertevorstellungen und Rechtsbewusstsein schon in Elternhaus, Kindergarten und Schule
- ☞☞ Polizei zu Prävention auf den Straßen und Entlastung der Polizei von übermäßigen bürokratischen Aufgaben
- ☞☞ Zeitnahe Anwendung der Möglichkeiten des Rechtsstaates bei erfolgten Straftaten
- ☞☞ Verbesserung des Täter-Opfer-Ausgleichs
- ☞☞ Sicherung des Erziehungsgedanken im Jugendstrafrecht
- ☞☞ Keine Verharmlosung so genannter Bagatellekriminalität
- ☞☞ Entschiedene Bekämpfung der Drogenkriminalität
- ☞☞ Die Verbesserung der Datenweitergabe zwischen den Bundesländern
- ☞☞ Der Polizei- und Katastrophenfunk ist zügig auf Digitaltechnik umzustellen

**Starke und leistungsfähige Kommunen sind das Rückgrat der Gesellschaft**

Den **Gemeinden** ist im Grundgesetz und im Artikel 91 der Thüringer Verfassung das Recht gewährt, **in eigener Verantwortung die örtlichen Angelegenheiten zu regeln**. Die Bürger wollen sich vor Ort engagieren und wollen dabei nicht durch unnötige gesetzliche Schranken behindert werden. Dieses hohe Gut gilt es zu schützen vor der zunehmenden Gesetzgebungs- und Regelungsdichte von Land, Bund und Europäischer Union. **Handlungsraum und Handlungskraft der kommunalen Ebene müssen deshalb Prüfstein einer jeden Politik sein.**

In Thüringen ist dem **Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung wieder stärker** Rechnung zu tragen und dieses dem Bürger auch stärker bewusst zu machen. Die ständige Verlagerung von Aufgaben von Bund und Land auf die Gemeinden ohne entsprechende finanzielle Unterstützung hat zur Verkleinerung der Handlungsspielräume der Kommunen geführt und entmündigt die Gemeindevertretungen. Ein Ausdruck dafür ist die zunehmend geringe Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene. Ein **ausgewogenes Verhältnis von frei verfügbaren Mitteln und Zuweisungen** ist Grundlage für eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik.

Im Bereich Wasser und Abwasser, sowie beim Straßenausbau gibt es nach 14 Jahren immer noch viel Ungerechtigkeit und Differenzen. Die Öffentlichrechtliche Vertragsgestaltung mit Gebühren und Beiträgen passt nicht mehr in das 21. Jahrhundert. Das Thema muss endlich einer umfassenden Novellierung unterzogen werden. Die FDP tritt für die Versachlichung des Problems ein.

Wir werden uns im Landtag für folgende Maßnahmen einsetzen:

- ☞☞ Die Zahl der Verbände ist zu hoch. Zu kleine Verbände arbeiten oftmals unwirtschaftlich. Ein freiwilliger Zusammenschluss benachbarter Verbände ist ein erster Schritt, um die Effizienz zu erhöhen.

- ☞☞Die Verbände müssen so geführt werden, dass die Belastungen für die Bürger möglichst gering bleiben. Sie dürfen nicht kommunalpolitischen Wünschen unterworfen werden, Prioritäten sind die Bestimmer von Investitionen. Privatwirtschaftliche Kapazitäten (z. B. Havarie- und Wartungsdienste) müssen stärker genutzt werden.
- ☞☞Die Vielzahl der Fördertöpfe ist radikal zu minimieren. Damit wird ein Abbau des Verwaltungsapparates bei Verbänden, Kommunen und dem Land erreicht.
- ☞☞Im ländlichen Raum besteht ein dringender, kostenintensiver Nachholbedarf bei Wasserver- und Abwasserbeseitigungsanlagen und beim Straßenausbau. Deshalb muss in diesen Gebieten eine stärkere Unterstützung gegenüber dem verdichteten Siedlungsräumen erfolgen. Dezentrale Lösungen sind langen Leitungswegen vorzuziehen. Wirtschaftlich vernünftige Lösungen müssen zur Ausführung gelangen.
- ☞☞Anschlussbeiträge sind Investitionen ins Eigentum, die der Umwelt und damit der Allgemeinheit zugute kommen. Da nicht alle Bürger in Thüringen in den Genuss kommen, über steuerliche Abschreibungen einen Teil der Kosten zurück erstattet zu bekommen, wird diesen Bürgern zuviel entrichtete Beiträge zurück erstattet.
- ☞☞Die Verbände sollen in eigener Entscheidung privatrechtliche Verträge zur Lieferung mittels Preis und Baukostenzuschuss mit den Kunden schließen können.
- ☞☞Die FDP steht für das Verursacherprinzip ein. Jeder Bürger bezahlt das, was er auch verbraucht. Es ist Aufgabe der Politik, hier für aufkommensneutrale Lösungen für den Bürger zu suchen. Die FDP schlägt in diesem Zusammenhang einen Lastenausgleichsfonds - ähnlich der Zinsbeihilfe - vor, der aus dem Haushalt heraus gespeist wird.

#### Eine solide Haushaltspolitik ist Zukunftssicherung für Land und Kommunen.

Ende des Jahres 2002 betrug der Schuldenstand des Freistaates über 12 Milliarden Euro, die Zinsausgaben über 650 Millionen Euro. Gleichzeitig leistet sich das Land 59.000 Bedienstete. Eine Vielzahl von Landesaufgaben wurde und wird auf die Kommunen übertragen, ohne dabei deren strukturelle Organisationsformen und Finanzausstattung zu verbessern. Jährlich werden über 2,2 Mrd. Euro an Subventionen und Unterstützungsleistungen an unterschiedlichste Bereiche ausgeschüttet. Durch diese bürokratische Umverteilungswut ist eine Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit nicht mehr gegeben.

Haushalts- und Finanzpolitik muss eine gezielte Lenkungsfunktion erfüllen und transparent und nachvollziehbar sein. Kontinuierliche Verlässlichkeit (z.B. Investitionszusagen), Nachhaltigkeit (z.B. Langzeitwirkung) und Zielgenauigkeit (z.B. Aufwand/Nutzen); Abkehr vom investitionsunkfreundlichen Jahreshaushalt stehen dabei im Mittelpunkt.

#### Wir brauchen deshalb:

- ☞☞eine klare Aussage zu den zukünftigen Leistungen (freiwillige u. Pflichtleistungen), die das Land im Rahmen der Daseinsfürsorge für die Bürger erbringt
- ☞☞eine an den zukünftigen Aufgaben ausgerichtete Personalentwicklung
- ☞☞eine Effizienzerhöhung der eingesetzten öffentlichen Mittel über eine Kosten-Leistungs-Rechnung und wirtschaftliche Rechnungsführung auf allen Ebenen
- ☞☞eine Haushaltstransparenz mittels eines betriebswirtschaftlichen Controllings



- ☞ die Zuordnung von Kostenpauschalen für übertragene öffentliche Aufgaben zu den ausführenden Gebietskörperschaften („wer bestellt, der bezahlt“)
- ☞ die grundsätzlich degressive Gestaltung von Subventionen und Beihilfen
- ☞ einen kontinuierlichen ehrlichen Subventionsbericht und die konsequente Offenlegung des Ressourcenverbrauchs im Bereich des öffentlichen Vermögens
- ☞ einen konzeptionellen Einsatz des öffentlichen Vermögens für Zukunftsinvestitionen
- ☞ eine konsequente (echte) Privatisierung der Aufgaben im nicht hoheitlichen Bereich
- ☞ die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zur Sicherstellung der investiven Handlungsfähigkeit der Kommunen durch Investitionspauschalen

Die freie Bürgergesellschaft sichert lebenswerte, attraktive Kommunen.

**Ein wesentliches Element einer liberalen Kommunalpolitik ist die Anerkennung und Stärkung des Ehrenamtes in allen Bereichen des örtlichen Lebens.** Das betrifft die stärkere Integration der Senioren in das öffentliche Leben. Der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft ist stetig im Wachsen begriffen. Das Altenbild hat sich im Vergleich zu früheren Generationen total gewandelt. Wir haben es in der Mehrzahl mit aktiven Senioren zu tun, deren gesellschaftliches Engagement wir nutzen sollten. Wir machen nicht Politik für Senioren, sondern mit oder gar durch Senioren, das bedeutet: wir fördern ihre Aktivitäten bei der Verantwortungsübernahme in Sport- und Kulturvereinen, als sachkundige Bürger in Ausschüssen, Seniorenbeiräten und Vertretungen, besonders in Fragen der Schaffung und Sicherung kinder-, familien- und seniorenfreundlicher Strukturen vor Ort.

Die Aufgabe der gewählten Vertreter ist es, solche Initiativen zu unterstützen, sich dort zu beteiligen und auch für eine angemessene finanzielle und materielle Unterstützung im Sinne der Stärkung der ehrenamtlichen Potentiale zu sorgen. So kann beispielsweise die Öffnung der vorhandenen Schulgebäude für Vereine, Initiativen und Gruppen diese wieder zu wohnungsnahen Begegnungsstätten machen.

Aufgrund seiner Geschichte verfügt Thüringen gegenüber anderen Bundesländern über eines der dichtesten Netze von Theatern, Orchestern, Spielstätten, Museen, bedeutenden Baulichkeiten und vielem mehr. Dieses unverwechselbare Erbe als weichen Standortfaktor für die Gegenwart zu erhalten und für die Nachkommen zu sichern, erfordert besondere Anstrengungen in einer Zeit, wo Mäzenatentum nicht wie einst eine Hauptquelle der Förderung ist.

Wir streben in Zusammenarbeit mit den Fachleuten, Künstlern und Kulturschaffenden effektive Gestaltungsvarianten an. Oft bedarf es nur kleiner Strukturveränderungen in Verwaltungen oder möglichen Kooperationen bis hin zur Entwicklung neuer Formen, um auch weiterhin ein vielfältiges Angebot sowohl der Hoch- als auch der Breitenkultur zu präsentieren. Es gibt bereits gute Beispiele. Persönliche Eigeninitiativen, Vereine und Stiftungen sind bei diesen Bemühungen besonders gefragt.

Das Land muss die Gemeinden bei der Bewahrung ihrer Identität über mögliche Zuschüsse sinnvoll unterstützen, um so auch das Image des Landes insgesamt zu stärken.

## **Ja für Thüringen**

„In einer Demokratie ist jeder Bürger ein Stück Staat.“ Dieser Satz von Friedrich Naumann beschreibt das liberale Bild vom Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat. Unser Land braucht Menschen die bereit sind, sich zu engagieren. In der Wirtschaft, in den Kommunen, in Bildung, Wissenschaft und Forschung, im kulturellen, sozialen und ökologischen Bereich ist Bürgerbeteiligung gefragt denn je.

Die FDP wendet sich **an alle, die auf Leistung und persönliche Mitverantwortung setzen.** Es gibt keine wirkliche Alternative zu Bürgerengagement und zur Bürgergesellschaft.

**Freiheit und Würde für alle Menschen sind das Hauptziel liberaler Politik.** Freiheit und Würde heißt auch, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen, Toleranz und Mitmenschlichkeit zu leben.

Die Bewahrung der Würde des Menschen und der freien Selbstbestimmung erfordern den Schutz der individuellen Freiheiten vor Übergriffen. Liberale erstritten die bürgerlichen Freiheiten gegen staatliche Allmacht. Heute steht staatliches Handeln mehr denn je unter öffentlicher Kontrolle. Der Staat muss die individuellen Freiheiten seiner Bürger schützen können ohne sich zum Überwachungsstaat zu entwickeln. Es gibt keine persönliche Freiheit ohne persönliche Sicherheit.

Freie Selbstbestimmung des Bürgers setzt den Abbau überflüssiger bürokratischer Hemmnisse und Normen für die Gesellschaft und Wirtschaft voraus. Wer in der Gesellschaft Verantwortung übernimmt und Risiko trägt, besonders wenn er Arbeit schafft, darf nicht durch überflüssige Vorschriften und ausufernde Bürokratie in seinem Engagement behindert werden.

**Das Vertrauen in die Kreativität und Schöpferkraft mündiger Bürger sehen wir als notwendige Voraussetzung an. Das ist unser Anspruch, daran lassen wir uns messen.**

Die FDP Thüringen geht mit frischer Kraft, neuen Ideen, unverbraucht und ideologiefrei in die nächste Wahlperiode. Wir erkennen die Probleme in unserem Thüringen. Wir wollen sie beheben.

Thüringen ist ein schönes Land, reich an Traditionen, in seiner Geschichte erfolgreich. Wir sagen **Ja für Thüringen!** Wir wollen, dass auch unsere Kinder dies zu Thüringen sagen können.

**Dafür treten wir Liberale an!**